



**CDU** KREISVERBAND  
BONN

# **Kommunalpolitisches Programm der Bonner CDU zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014**

Unsere Ziele für die Jahre 2014 bis 2020

**Gemäß Beschluss der  
Mitgliederversammlung  
vom 6. Februar 2014**

# Inhalt

<b>Teil A Bonn als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort stärken .....</b>	<b>2</b>
Ein Standort für die Wirtschaft.....	3
Bundesstadt und (internationaler) Politikstandort.....	3
UN-Stadt mit internationalem Kongresszentrum .....	3
Universitäts- und Wissenschaftsstadt .....	4
Regionales Einzelhandelszentrum .....	4
Beethovenstadt mit kultureller Vielfalt .....	5
Tourismus in Bonn und der Region .....	6
<b>Teil B Bonn als lebenswerte Stadt stärken .....</b>	<b>7</b>
Bezahlbaren Wohnraum schaffen .....	8
Verkehrsprobleme lösen.....	9
Die Umwelt und das Klima schützen .....	11
Grünflächen und Freiräume bewahren.....	12
<b>Teil C Priorität für Kinder, Jugend, Senioren, Familien und Bildung .....</b>	<b>13</b>
Bedarfsgerechte Kitas mit Qualitätsanspruch .....	13
Mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung.....	14
Hauswirtschaftskräfte sind notwendig .....	14
Integrative Einrichtungen fördern .....	14
Bedürftige Familien unterstützen.....	14
Politik für Ältere .....	15
Bildung ist wichtigste Ressource .....	16
Grundschulen .....	16
Vielfalt der Schullandschaft .....	16
Ganztagsangebote ausbauen .....	16
Inklusion.....	17
Schule 2.0: Investition in Neue Medien .....	17
Investition in Schulgebäude und Schulhöfe .....	17
Übergang in Studium, Ausbildung oder Beruf .....	17
Jugendsozialarbeit ist wichtig .....	18
<b>Teil D Sicherheit und Sauberkeit in Bonn .....</b>	<b>18</b>
Einbruchsdelikte bekämpfen .....	18
Ordnungspartnerschaften erweitern, Sicherheit erhöhen .....	19
Extremismus und Terrorismus bekämpfen.....	19
Saubere Stadt.....	19
<b>Teil E Soziales Miteinander in Bonn .....</b>	<b>20</b>
Integration und Teilhabe.....	20
Sport ist wichtige Säule unserer Gesellschaft .....	21
Ehrenamt, aktives Vereinsleben und Brauchtumspflege .....	22
Quartiersmanagement.....	23
Bürgerbeteiligung .....	23
<b>Teil F Mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sparsam umgehen .....</b>	<b>24</b>
Reformen und Veränderungen notwendig .....	25
Alles gehört auf den Prüfstand .....	25
Stadtverwaltung stärken .....	25
Kommunale Unternehmen unterstützen.....	26
Bürgerschaftliches Engagement stärken.....	26
Mehr Unterstützung von Bund und Land.....	26
Finanzprobleme selbst lösen.....	27
Erhöhung von Steuern verhindern .....	27
Transparenten Haushalt schaffen .....	27
Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik .....	28

## **Teil A Bonn als Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort stärken**

Die Bundesstadt Bonn ist das Zentrum einer wirtschaftsstarken Region mit wachsender Bevölkerung, hoher Kaufkraft und vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit. Zu unseren Stärken und Standortvorteilen gehören:

- eine überdurchschnittlich gut ausgebildete, aktive Bevölkerung mit internationaler Ausrichtung und kultureller Vielfalt,
- eine dynamische Wirtschaft mit einem gesunden Branchenmix, mit international tätigen Großunternehmen und einem starken Mittelstand,
- eine überdurchschnittlich gute materielle und soziale Infrastruktur mit guten Betreuungs- und Bildungseinrichtungen,
- eine hohe Wohn- und Lebensqualität in einer lebendigen Stadt mit einem vielfältigen Kultur-, Sport- und Freizeitangebot.

Wir haben in Bonn eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit Schwerpunkten im Bereich Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie innovative Dienstleistungen. Auch gewerbliche Arbeitsplätze im produzierenden Bereich sind im nennenswerten Umfang vorhanden. Arbeitsplätze im Handel und Handwerk sowie im Bereich allgemeiner Dienstleistungen kommen hinzu.

Wenn wir Bonn als Wirtschaftsstandort weiter stärken wollen, müssen wir unsere Stärken und Standortvorteile nicht nur bewahren, sondern konsequent weiter ausbauen. Hierbei müssen wir auf den bereits vorhandenen Strukturen aufbauen und das bereits Erreichte konsequent weiterentwickeln, damit sich auch zukünftig der Wirtschaftsstandort Bonn durch ein breites Arbeitsplatzangebot mit hohem Wertschöpfungspotenzial auszeichnet.

### **Ein Standort für die Wirtschaft**

Bonn ist für die Wirtschaft ein attraktiver Standort. Als Bundesstadt, UN-Stadt mit internationalem Konferenzzentrum, Universitäts-, Gesundheits- und Wissenschaftsstadt sowie als Beethovenstadt mit kultureller Vielfalt bietet Bonn ein attraktives Umfeld und die Möglichkeit, in vielfältiger Art Synergien zu nutzen. Diesen Vorteil müssen wir im Rahmen der zukünftigen Entwicklung nutzen und ausbauen.

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor ist eine effiziente und wirtschaftsfreundliche Verwaltung, die für günstige Rahmenbedingungen sorgt. Ziel muss es sein, ansässige Unternehmen in Bonn zu halten und andere zu ermutigen, nach Bonn zu kommen. Eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einer breiten Basis mittelständischer Betriebe ist wichtig für die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Grundlage. Die städtische Wirtschaftsförderung muss sich insbesondere um die Belange des Mittelstandes kümmern.

Die Interessen der Wirtschaft müssen bei städtischen Planungen frühzeitig und angemessen berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn Fragen der

zukünftigen Stadt- und Verkehrsplanung anstehen. Denn Unternehmen brauchen Planungssicherheit und müssen wissen, was sich an ihrem Standort tut.

Unternehmen brauchen die Sicherheit, dass sie an ihrem Standort auch bei Erweiterungen und Verlagerungen die jeweils benötigten Flächen zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen vorfinden. Deshalb müssen wir erreichen, dass mittel- und langfristig ein bedarfs- und nachfragegerechtes Angebot an städtischen Gewerbeflächen vorgehalten wird. Hierzu bedarf es auch einer aktiven wachsenden Gründungsszene. Gründerinnen und Gründer verbreitern den Branchenmix, bringen neue Impulse.

Damit vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue hinzugewonnen werden können, muss sich der Wirtschaftsstandort Bonn dynamisch weiterentwickeln. Die derzeitige hohe Standortzufriedenheit von Unternehmern und Arbeitnehmern zu erhalten, wird nur gelingen, wenn Bonn eine hohe Wohn- und Lebensqualität, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine gute Erreichbarkeit bietet. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Bedingungen auch in Zukunft erfüllt werden.

### **Bundesstadt und (internationaler) Politikstandort**

Bonn als Bundesstadt und Politikstandort ist nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt, sondern auch für die gesamte Region von zentraler Bedeutung. Tausende von Arbeitsplätzen hängen hiervon ab. Deswegen fordern wir verbindliche Regelungen zur Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes, insbesondere hinsichtlich einer auf Dauer angelegten fairen Arbeitsteilung im Sinne des Hauptstadtbeschlusses vom 20. Juni 1991.

Bundesstadt und Politikstandort sind untrennbar miteinander verbunden. Beide Funktionen sind wesentlich für die Zukunftsfähigkeit Bonns als zweites politisches Zentrum. Dies wiederum ist Voraussetzung dafür, dass wir dauerhaft Standort für nationale, supranationale und internationale Organisationen sind. Wir wollen erreichen, dass der Politikstandort nicht nur gesichert, sondern auch weiter ausgebaut wird.

Das Profil des Politikstandorts Bonn muss schwerpunktmäßig auf die Themen Internationales und globale Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Deshalb setzen wir uns für den Internationalen Politikstandort Bonn ein. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist der Ausbau von Vernetzungs- und Serviceleistungen für die in Bonn ansässigen Organisationen, Vereine und Verbände.

### **UN-Stadt mit internationalem Kongresszentrum**

Der Ausbau als UN-Stadt mit internationalem Kongresszentrum ist ein wesentlicher Baustein für die Ausgestaltung des internationalen Profils unserer Stadt und außerdem ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Die hier eingeleitete Entwicklung entfaltet vielfältige Wirkungen, die nicht nur der Wirtschaft in Bonn und der Region

nutzen, sondern auch Vorteile im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten bieten.

Damit sich Bonn als UN-Stadt dauerhaft etabliert, ist die weitere Ansiedlung von UN-Einrichtungen und internationalen Organisationen erforderlich. Dies wird nur gelingen, wenn wir das internationale Profil unserer Stadt stärken und weiterentwickeln. Deswegen muss das Thema Internationales auch innerhalb der Verwaltung seiner Bedeutung entsprechend positioniert werden.

Ein wichtiger Baustein im Zukunftsprofil unserer Stadt ist das internationale Kongresszentrum (WCCB), das auf die Anforderungen der UN ausgerichtet ist und dessen zukünftiger Betrieb durch die Stadt sichergestellt und bezuschusst werden muss. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass das WCCB zusammen mit dem zugehörigen Hotel schnellstmöglich fertiggestellt und erfolgreich betrieben wird.

### **Universitäts- und Wissenschaftsstadt**

Die Universität und die bei uns vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen sind nicht nur ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, sondern auch von großer Bedeutung für die Infrastruktur und das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt. Deswegen müssen die hier vorhandenen Potentiale für die Stadtentwicklung stärker genutzt und die Standortanforderungen im Rahmen der Stadtplanung angemessen berücksichtigt werden.

Die Einbindung der Universität mit ihren etwa 31.000 Studierenden und mehr als 6.000 Beschäftigten, die zu großen Teilen nur vorübergehend in Bonn leben, in die Stadtgesellschaft ist mit spezifischen Anforderungen verbunden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass in Bonn Studierende ein ausreichendes und bezahlbares Angebot an Wohnraum finden und am kulturellen Leben in unserer Stadt teilhaben.

Das Zusammenwirken mit der in den letzten Jahren gewachsenen Hochschullandschaft der Region Bonn sowie mit den in der Bundesstadt und UN-Stadt vorhandenen Einrichtungen und Organisationen bietet vielfältige Chancen. Diese müssen aber auch genutzt werden. Das gilt insbesondere für die Vernetzung von Wissenschaftsförderung und Wissenschaftspolitik am Standort Bonn.

Bonn als Sitz vieler nationaler und internationaler Weiterbildungseinrichtungen wird mit der Fertigstellung des „Haus der Bildung“ über ein attraktives Bibliotheks- und Volkshochschulangebot für alle Bonner Bürgerinnen und Bürger verfügen. Wir sehen das Haus der Bildung in Zukunft als zentrale Anlaufstelle für die nationale- und internationale Weiterbildungsarbeit in Bonn und wollen es als Zentrum für die interkulturelle Weiterbildungsarbeit fördern.

### **Regionales Einzelhandelszentrum**

Die Bonner Innenstadt mit einem starken Einzelhandel und vielfältigen Dienstleistungsangeboten ist ein attraktives Einkaufszentrum, das allerdings mit anderen Standorten innerhalb und außerhalb der Region im Wettbewerb steht. Ziel muss es sein, in Bonn möglichst viel Kaufkraft zu binden. Deswegen müssen wir

dafür sorgen, dass unsere Stadt als Einkaufszentrum wettbewerbsfähig bleibt und die Attraktivität noch erhöht wird.

Wir wollen keinen großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese oder in isolierten Randlagen ohne städtebauliche Einbindung. Wir wollen auch keinen ruinösen Verdrängungswettbewerb. Was unsere Innenstadt braucht, sind sinnvolle Ergänzungen zur Stärkung der bereits vorhandenen Einzelhandelsstrukturen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Projektentwicklung für das Viktoriakarree und für den Bahnhofsvorplatz diesem Anspruch auch gerecht wird. Im Zuge der Errichtung des Viktoriakarrees bietet es sich an, die angrenzende Franziskanerstraße als Brücke von der Innenstadt zur Universität in Form einer Flaniermeile mit Aufenthaltsqualität für junge Menschen zu gestalten.

Im zunehmenden Wettbewerb mit anderen Standorten können wir uns nur behaupten, wenn unsere Innenstadt nicht nur für die Bonnerinnen und Bonner, sondern auch für Besucher aus dem Umland attraktiv und auch in Zukunft mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist. Deswegen muss die Aufenthaltsqualität der Innenstadt funktional und gestalterisch erhöht werden. Dazu gehören auch Aktionen (z.B. Kultur, Sport) auf innerstädtischen Plätzen. Für die Zukunft muss es Ziel sein, zu vernünftigen Kompromissen zu kommen zwischen dem Schutzbedürfnis Einzelner und den legitimen Interessen vieler Besucher der City. Ebenso wollen wir die Stadtteilzentren in den einzelnen Stadtbezirken stärken, um den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives, ortsnahe Einkaufsangebot anbieten zu können.

### **Beethovenstadt mit kultureller Vielfalt**

Bonn hat als Beethovens Geburtsstadt ein Alleinstellungsmerkmal, das bisher bei weitem noch nicht den Möglichkeiten und der wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend genutzt wurde. Deswegen setzen wir uns dafür ein, Bonn als Beethovenstadt mit kultureller Vielfalt zu stärken und dies zum Wohle der Stadt national und international touristisch zu vermarkten.

Durch den Bau eines neuen Festspielhauses wird Bonns Profil als Beethovenstadt noch weiter gestärkt und die Vermarktungschancen für unseren Kulturstandort verbessert. Bezüglich der Standortfrage begrüßen wir ausdrücklich die Haltung der Deutschen Post DHL, erneut die ursprünglichen Planungen und damit eine Verwirklichung des Projekts Festspielhaus ergänzend am Standort Beethovenhalle in den Blick zu nehmen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass dieser Bau, der vollständig privat finanziert werden soll, realisiert werden kann. Wir unterstützen all diejenigen, die sich für die private Baufinanzierung einsetzen und danken ihnen für ihr beispielhaftes Engagement. Die Stadt wird sich an den Betriebskosten des Festspielhauses angemessen beteiligen.

Die Beethovenhalle, die als Mehrzweckhalle gebaut und auch in Zukunft als solche genutzt werden soll, ist in einem baulich und technisch schlechten Zustand. Deswegen muss sie saniert und im Zuge dieser Maßnahme auch multifunktional

modernisiert werden. Dies ist wirtschaftlich vernünftig, denn wir können und dürfen dieses unter Denkmalschutz stehende und für das Anlagevermögen der Stadt wichtige Gebäude nicht verfallen lassen.

### **Tourismus in Bonn und der Region**

Der Tourismus ist für Bonn und die Region ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der zahlreiche Arbeitsplätze nicht nur in der Hotellerie und Gastronomie sichert, sondern auch dem Einzelhandel und anderen Dienstleistern nutzt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Bonn seine Chancen in diesem expandierenden Wirtschaftszweig auch in Verbindung mit der Vermarktung des Konferenzentrums nutzt.

Eine erfolgreiche Marktpositionierung wird uns nur gelingen, wenn wir mit anderen Akteuren zusammenarbeiten und die jeweiligen touristischen Angebote aufeinander abstimmen. Die innerhalb unserer Region bereits vorhanden Strukturen für das Standortmarketing im Tourismus- und Kongressbereich müssen weiter optimiert werden. Hierbei ist es folgerichtig auch die landschaftlich reizvolle Lage und kulturelle Vielfalt unserer Region zu nutzen.

Das Beethovenjahr 2020 bietet die Möglichkeit, Bonn in einzigartiger Weise im kulturellen Bewusstsein der Welt zu verankern. Fertige Konzepte, wie der 250. Geburtstag gefeiert werden soll, liegen noch nicht vor. Wir fordern deshalb, dass entsprechende Planungen in Absprache mit den städtischen Kultureinrichtungen und den Partnern auf Bundes- und Landesebene frühzeitig erstellt und finanziell abgesichert werden. Dabei sollte das Geburtshaus Beethovens im Mittelpunkt stehen.

Mit Beethoven, Schumann, Macke und zahlreichen anderen Persönlichkeiten hat die Bundesstadt Bonn die Chance, ein kulturelles Markenportfolio zu entwickeln, das sich positiv auf die Kreativwirtschaft, den Tourismus und das Lebensgefühl der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Wir möchten als Geburtsstadt Beethovens jungen Nachwuchstalenten die Möglichkeit geben, sich in der Innenstadt ohne hohen bürokratischen Aufwand zu präsentieren.

Bonn verfügt mit der Bundeskunsthalle, dem Haus der Geschichte, dem Kunstmuseum, dem Museum König, dem Kunstverein, dem Deutschen Museum Bonn, dem Beethovenhaus, dem LVR-Landesmuseum, dem Arithmeum, dem Frauenmuseum und dem Stadtmuseum über eine reiche Museumslandschaft, die nationale und internationale Ausstrahlung hat. Diese nationalen Angebote wollen wir dauerhaft an die Stadt binden und die städtischen Angebote in ihren Strukturen stärken. Beethoven Orchester Bonn, Oper und Schauspiel ergänzen diese Angebote und steigern damit zusätzlich den internationalen Charakter der Bundesstadt Bonn als attraktiven Kulturstandort.

Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in Bildung. Deshalb sieht die CDU auch keinen Gegensatz zwischen „Hochkultur“ und Freier Szene.

Beide sind Teil eines lebendigen, sich befruchtenden, ergänzenden und notwendigen Angebots in Bonn. Dazu gehört auch die kreative Stadtteilkultur mit ihren Kulturangeboten sowie private Initiativen, die es zu unterstützen gilt.

Generell spricht sich die Bonner CDU für eine stärkere Förderung freier Träger und jugendorientierter Kulturangebote aus. In Bonn haben sich viele Initiativen, Netzwerke und Fördervereine gebildet, die sich mit der Zukunft der Kultur in Bonn auseinandersetzen. Diese positiven Kräfte sollten gebündelt und mit der Arbeit des Kulturausschusses zusammengebracht werden.

Die CDU schlägt daher eine jährliche „Kulturkonferenz“ vor – zur gemeinsamen Beratung anstehender Probleme und neuer Entwicklungen.

Wir werden die Weichen für unseren Wirtschaftsstandort richtig stellen, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Unser Ziel ist es, Bonn als Wirtschaftsstandort weiter zu stärken und auszubauen. Um dieses Ziel in der nächsten Ratsperiode zu erreichen, müssen wir im Rahmen der weiteren Stadtentwicklung folgendes sicherstellen:

- ein ausreichendes Angebot an modernen Büro- und Gewerbeflächen,
- einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt in allen Segmenten,
- eine gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln,
- eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur.

Wir werden sicherstellen, dass die Menschen in Bonn ein Wohn- und Lebensumfeld finden, das für sie attraktiv ist und in dem sie sich wohl fühlen und allen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt ermöglicht. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind ein dem hohen Bildungsstand und der Internationalität unserer Bevölkerung entsprechendes Bildungs- und Ausbildungsangebot sowie ein auf unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen ausgerichtetes Kultur-, Sport- und Freizeitangebot.

Wir werden uns als Bonner CDU weiterhin mit aller Kraft für die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes einsetzen. Denn eine leistungsfähige Wirtschaft ist Voraussetzung für eine starke und soziale Stadt Bonn.

## **Teil B Bonn als lebenswerte Stadt stärken**

Mit dem Verlust der Hauptstadtfunktion hat in Bonn ein Strukturwandel eingesetzt, der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Wir unterhalten immer noch eine im Vergleich zu anderen Städten sehr umfangreiche kommunale Infrastruktur, die zum einen auf die Zeit vor der kommunalen Neuordnung zurückzuführen ist und zum



anderen auf die Hauptstadtfunktion hin ausgelegt wurde. Auch das Niveau der freiwilligen kommunalen Leistungen liegt bei uns deutlich über dem, was sich andere Städte leisten.

Nicht alles, was wir als Stadt unterhalten und anbieten, ist unverzichtbar. Vieles könnten wir ändern, ohne dass sich die Lebens- und Wohnqualität für die in unserer Stadt lebenden Menschen spürbar verschlechtert. Wir profitieren heute immer noch von den Investitionen, die insbesondere in den 60er, 70er und 80er Jahren getätigt wurden. Bonn hat es bislang nicht geschafft, die damals erstellte Infrastruktur angemessen instand zu halten. Bis heute ist es trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen, die über die Jahre entstandenen Sanierungsstaus vollständig abzubauen.

Als Bonner CDU setzen wir uns weiter dafür ein, dass wir den eingeschlagenen Weg der Strukturanpassung konsequent weitergehen. Handlungsbedarf ergibt sich allein schon aus der außerordentlich schwierigen Haushalts- und Finanzsituation unserer Stadt, aber auch in Verantwortung gegenüber den uns nachfolgenden Generationen. Wenn wir dies nicht tun, bleibt nur eine Alternative, nämlich eine zusätzliche Belastung der Bonner Bürgerinnen und Bürger durch die Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben. Unser Ziel ist es, dies zu vermeiden.

Die finanziellen Handlungsspielräume, die wir noch haben, müssen wir nutzen, um das zu tun, was für die Zukunft unserer Stadt und für die hier lebenden und arbeitenden Menschen wirklich notwendig und wichtig ist.

In diesem Sinne wollen wir unsere politische Arbeit in der nächsten Ratsperiode im Bereich der Stadtentwicklung schwerpunktmäßig auf die nachfolgend genannten Themen ausrichten:

### **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

Mieten steigen dann, wenn Wohnungen knapp werden. Deswegen müssen weitere Wohnungen gebaut werden, um das Angebot zu verbessern. Hierfür sind alle Handlungsoptionen zu nutzen. Unter anderem ist es erforderlich, durch Verdichtungsmaßnahmen im Bestand zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Wir brauchen zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau. Hierfür geeignete Standorte müssen identifiziert und so schnell wie möglich für eine Bebauung verfügbar gemacht werden. Hierbei sollen vorzugsweise ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen und nur in Ausnahmefällen Freiflächen genutzt werden. Denn Flächenrecycling ist besser als neuer Flächenverbrauch.

Es gibt aber auch viele Wohnungen, die nicht mehr den heutigen Standards und Anforderungen entsprechen und deshalb nicht mehr oder nur noch bedingt nutzbar sind. Das kann ein Grund für Leerstand sein. Abriss und Neubau ist für viele

Eigentümer wirtschaftlich nicht tragbar. Für solche Fälle müssen wir Lösungen suchen. Zwangsmaßnahmen helfen hier nicht.

Der Wohnungsbau ist in den letzten Jahren durch eine Vielzahl neuer Vorschriften und Anforderungen teurer geworden. Das ist ein Grund dafür, dass bezahlbarer Wohnraum immer knapper geworden ist. Wir setzen uns dafür ein, dass in unserer Stadt keine höheren Standards als die gesetzlich vorgeschriebenen festgesetzt werden. Denn wir wollen den Mangel beheben und nicht verwalten.

Wohnungsleerstand ist in Bonn mit lediglich etwa 2,3 Prozent kein Problem und liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Deshalb ist die vom Rat gegen die CDU beschlossene Leerstandsverordnung nicht sinnvoll. Denn diese führt zu noch mehr Bürokratie und Selbstbeschäftigung der Verwaltung. Das kostet Geld und bringt uns bei der Problemlösung nicht weiter.

Wir setzen uns dafür ein, die VEBOWAG als städtische Wohnungsbaugesellschaft in die Lage zu versetzen, zusätzliche Wohnungen zu bauen und weitere Belegungsrechte zu erwerben.

Die Umsetzung von Bauprojekten wird immer häufiger durch Einsprüche behindert und teilweise erheblich verzögert. Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Umfeld solcher Maßnahmen deshalb frühzeitig informiert werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben ihre Bedenken und Anregungen frühzeitig vorbringen zu können. Aufgabe der Verwaltung ist es dann, diese zu bewerten und, soweit sinnvoll, auch zu berücksichtigen.

### **Verkehrsprobleme lösen**

Unsere Verkehrssituation ist geprägt durch extrem hohe regionale Pendlerströme. Täglich müssen etwa 30.000 Berufstätige, die in Bonn wohnen, ihre außerhalb unserer Stadt liegenden Arbeitsplätze erreichen und mehr als 90.000 Berufstätige, die außerhalb von Bonn wohnen, kommen zu uns. Nicht jeder kann seinen Arbeitsplatz zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen.

Viele sind und bleiben auf Bus und Bahn oder ihren PKW angewiesen. Viele müssen auch während ihrer Arbeit mobil sein. Das gilt nicht nur für Handwerker, sondern für alle, die täglich zu anderen Einsatzorten müssen. Unser Ziel ist es, den ÖPNV in seiner Leistungsfähigkeit zu stärken. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass unsere Stadt für diejenigen gut erreichbar bleibt, die das Auto nutzen. Die Einführung von Tempo-30-Zonen auf Hauptverkehrsstraßen sehen wir für eine Lärmreduzierung als nicht zielführend an und lehnen sie daher ab.

Als Bundesstadt und Politikstandort, als UN-Stadt mit internationalem Konferenzzentrum und als Standort internationaler Unternehmen und Organisationen sind wir im besonderen Maße auf eine gute lokale und regionale

Verkehrsinfrastruktur und gute Anbindungen an die überregionalen Verkehrssysteme angewiesen. Bonn darf hier den Anschluss nicht verlieren und muss auch in Zukunft gut erreichbar sein, und zwar auf allen Wegen.

Wir werden uns bei Land und Bund für einen Ausbau des öffentlichen Schienen-Personennahverkehrs im Raum Bonn einsetzen. Das gilt insbesondere für die Bundesbahn-Strecken RB 23 – Voreifelbahn: Bonn-Bad Münstereifel, und RB 30 – Rhein-Ahr-Bahn: Bonn-Ahrbrück, die Stadtbahnlinie 66 Bad Honnef-Bonn-Siegburg sowie den Bau des Schlusstücks der S13 von Troisdorf nach Oberkassel als Verbindung zum Flughafen mit erhebliche positiven städtebaulichen Auswirkungen in Beuel.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns für einen konsequenten Lärmschutz entlang der Bahnlinien ein, genauso wie für den Bau von weiteren Unterführungen.

Gleichzeitig könnte eine Verlängerung der Stadtbahnlinien 61/62 bis zur Hochkreuzallee zur Entlastung der B9 beitragen.

Eine Steigerung des Radverkehrs ist eine Option, die wir konsequent zur Verkehrsentlastung nutzen wollen. Wir wollen in Zukunft das Radwegenetz bedarfsgerecht ausbauen. Wir begrüßen es deshalb auch, dass sich bereits die ersten Maßnahmen des Konzepts „Bonn als Fahrradhauptstadt 2020“ in der Planung und Realisierung befinden.

Wir müssen uns als Region auf die besonderen Belastungen einstellen, die in den nächsten Jahren durch die anstehende Sanierung der Nordbrücke und der A 565 verursacht werden. Die Stadt muss zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis rechtzeitig Konzepte entwickeln, um die baustellenbedingten Verkehrsbehinderungen möglichst gering zu halten.

Es war ein Fehler, dass mit dem Ennertaufstieg und dem Venusbergtunnel für unsere Region wichtige Infrastrukturmaßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen wurden und das ohne jegliche Kompensation. Ein Fehler, dessen Auswirkungen wir in den nächsten Jahren noch deutlich spüren werden.

Obwohl auch auf längere Sicht keine Aussichten bestehen, diese Projekte zu realisieren, halten wir es dennoch für richtig, zumindest die Trassen bis auf weiteres offenzuhalten. Damit würden wir zukünftigen Generationen die Chance geben, in Kenntnis der weiteren Entwicklungen darüber zu entscheiden, ob es für diese Infrastrukturmaßnahmen in Zukunft noch einen Bedarf gibt.

Wir unterstützen als Bonner CDU die Pläne des Rhein-Sieg-Kreises für den Bau einer neuen Autobahn-Querung im Bereich Wesseling, um die übergeordneten Verkehrsströme und hier insbesondere den LKW-Verkehr neu zu lenken. Diese als

„Nordtangente“ bezeichnete Trasse führt zu einer deutlichen Verkehrsentslastung auf dem Bonner Stadtgebiet.

Heimarbeitplätze und ein tagesweises Arbeiten zu Hause sollten zur Verkehrsvermeidung gefördert werden. Bestes Beispiel hierfür ist die Stadt Bonn.

### **Die Umwelt und das Klima schützen**

Wir müssen unserer Verantwortung für den Umwelt- und Klimaschutz gerecht werden. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass wir unsere Handlungsmöglichkeiten, auch vor Ort konkrete Beiträge zu leisten, konsequent nutzen. Hierzu gehört die Reduzierung von umwelt- und klimaschädlichen Emissionen, ebenso wie der schonende Umgang mit den in unserer Stadt nur begrenzt verfügbaren Flächen sowie die Energieeinsparung.

Die Stadt selbst muss mit gutem Beispiel vorangehen. Ziel ist es den Energieverbrauch bei allen städtischen Gebäuden so schnell wie möglich auf Werte zu reduzieren, die den Anforderungen der Energieeinsparverordnung entsprechen. Allein das ist eine gewaltige Kraftanstrengung.

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld ist die Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzzielen bei den städtischen Beteiligungen und hier insbesondere bei unseren Stadtwerken (SWB GmbH). Hier wird bereits vieles getan. Denn mit dem Bau des neuen Heizkraftwerks Nord und der Modernisierung der Müllverwertungsanlage werden wichtige Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet.

Wir müssen in unserer Stadt einen nachhaltigen Beitrag leisten, damit die Energiewende gelingt. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass bei unseren Stadtwerken Konzepte und Projekte entwickelt und umgesetzt werden, die diesem Ziel dienen, und zwar sowohl im Verkehrsbereich als auch im Bereich der Energieversorgung. Wichtige Schritte hierfür sind bereits eingeleitet.

Aber es bleibt noch einiges zu tun. Beim Thema Umwelt- und Klimaschutz müssen wir auch angesichts der schwierigen Haushalts- und Finanzlage in den nächsten Jahren weiterkommen. Wichtige Handlungsfelder sind hierbei die energetische Gebäudesanierung, die Nutzung erneuerbarer Energien, der Ausbau der Fernwärmeversorgung sowie das Thema Elektromobilität.

Umwelt- und Klimaschutz ist eine Aufgabe, die uns alle angeht. Möglichst viele Unternehmen, Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürger müssen motiviert werden, hier mitzumachen. Deshalb unterstützen wir auch alle Initiativen und Einrichtungen, wie die Bonner-Energie Agentur, die mit ihrem Engagement und ihren Beratungsleistungen hierzu beitragen.

Für eine umwelt- und klimaverträgliche Wasser- und Energieversorgung brauchen wir die regionale Zusammenarbeit. Denn wir können als Stadt nicht alles alleine leisten. Deswegen setzen wir uns dafür ein, auch in diesen Bereichen zukünftig in unserer Region eng zusammenzuarbeiten und die hier vorhandenen Strukturen gemeinsam zu nutzen.

### **Grünflächen und Freiräume bewahren**

Bonn hat nicht nur ein naturräumliches Umfeld von hoher Qualität, sondern innerhalb der Stadtgrenzen auch zahlreiche Grünflächen und Freiräume. Diese sind sowohl für die Lebens- und Wohnqualität in unserer Stadt, aber auch für den lokalen Klima- und Umweltschutz von großem Wert. Deswegen wollen wir Grünflächen und Freiräume schützen und durch räumliche Vernetzung in ihrer ökologischen Funktion und Wirkung noch weiter stärken.

Der Rhein hat wegen der in seinem Verlauf vorhandenen Grünflächen und Freiräume nicht nur für die lokale Umwelt und das Stadtklima, sondern auch wegen des Erholungswertes für die hier lebenden Menschen eine zentrale Bedeutung. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die vorhandenen Potentiale im Zuge der weiteren städtebaulichen Entwicklung stärker zu nutzen. Gleichzeitig gilt es den Hochwasserschutz weiter konsequent auszubauen.

Wir wollen soweit wie möglich verhindern, dass für die lokale Umwelt und das Stadtklima wichtige Grünflächen und Freiräume bebaut werden. Wegen der begrenzten Siedlungsflächen und der vielfältigen Nutzungsansprüche ist dies jedoch nicht in allen Fällen vermeidbar. Es ist richtig, dass durch Baumaßnahmen verursachte Versiegelungen durch angemessene Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden, und zwar innerhalb unserer Stadt.

Die in Bonn ausgewiesenen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete müssen gesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei entsprechenden Planungen die in Bonn ansässigen Naturschutzverbände und Organisationen frühzeitig beteiligt werden, um das dort vorhandene Fachwissen und ehrenamtliche Engagement zu nutzen.

Wir halten es allerdings auch für erforderlich, dass unter Schutz gestellte Flächen in bestimmten Grenzen und zeitlich befristet im Rahmen kultureller Veranstaltungen genutzt werden können, wie das z.B. in der Rheinaue der Fall ist. Wir brauchen Nutzungskonzepte, die dies auch in Zukunft noch ermöglichen. Hierbei muss allerdings gesichert sein, dass Schutzfunktionen nicht verloren gehen.

Die in Bonn zahlreich vorhandenen Friedhöfe sind für uns nicht nur Funktionsflächen, die der Bestattung dienen, sie bilden als Grünflächen auch wertvolle Freiräume innerhalb unserer teilweise sehr dicht bebauten Umwelt. Bei der zukünftigen

Stadtentwicklung muss auch dieser Aspekt angemessen berücksichtigt und Friedhöfe nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden.

Wir treten für starke und lebendige Stadtbezirke ein. Bonn ist eine Stadt mit lebendigen und attraktiven Stadtbezirken. Deshalb wollen wir mit unserem politischen Handeln diese Vielfalt erhalten und unsere Stadtbezirke mit ihren Ortsteilen stärken. Bei allen Sparbemühungen wollen wir darauf achten, keinen Teil unserer Stadt von positiven Entwicklungen abzuhängen und die örtliche Infrastruktur zu stärken. Die Zusammenarbeit unserer Ratsfraktion, der einzelnen Stadtverordneten und der Bezirksfraktionen ist ein Garant für die Berücksichtigung örtlicher Interessen in unserer Stadt.

## **Teil C    Priorität für Kinder, Jugend, Senioren, Familien und Bildung**

Das Wohl unserer Kinder, Jugendlichen und Familien ist eine der wichtigsten Leitlinien unserer Politik. Wir schaffen für Familien Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten, ob beim Wohnen, bei der Kinderbetreuung oder bei Angeboten, wie Sport und Freizeit. Dabei ist uns die Wahlfreiheit der Eltern ein wichtiges Anliegen.

### **Bedarfsgerechte Kitas mit Qualitätsanspruch**

Der Wunsch vieler Eltern nach Betreuungsangeboten ist in Bonn deutlich gestiegen. Es wird langfristig von einem Bedarf an Betreuungsplätzen weit über 50 Prozent ausgegangen. Von dieser Steigerung ist Bonn als wachsende Stadt besonders betroffen. In Bonn leben knapp 10.000 Kinder unter drei Jahren. Die Betreuungsquote, bezogen auf Kinder von vier Monaten bis unter drei Jahren liegt in Bonn heute bereits über 40 Prozent. Bezogen auf ein- und zweijährige Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erreichen wir sogar eine Betreuungsquote von 53,4 Prozent. Da der Bedarf weiter steigen wird, werden wir als Union alles daran setzen, flächendeckend ein bedarfsgerechtes Angebot zu bieten.

Bei allen berechtigten und notwendigen Anstrengungen für die Betreuung der unter Dreijährigen müssen wir auch weiterhin die über Dreijährigen im Auge behalten. Auch hier müssen wir eine bedarfsgerechte Versorgung aufrechterhalten und gezielt dort, wo zu wenige Ü3-Plätze vorhanden sind, nachbessern. Wir werden daher nicht einfach Betreuungsgruppen für die „Älteren“ schließen, um sie „Jüngeren“ anzubieten. Unser Ziel ist es, Einrichtungen zu fördern, die Kinder von 0 bis 6 Jahren gemeinsam an einem Ort betreuen. Dazu werden wir auch regionale Veränderungen bei der Nachfrage an Kitaplätzen berücksichtigen.

Die katholischen und evangelischen Kindertageseinrichtungen stellen den großen Anteil der Einrichtungen in freier Trägerschaft dar. Die Bemühungen aller Akteure gilt

es zu unterstützen! Alle freien Träger haben in bemerkenswerter Weise ein vielfältiges Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten geschaffen.

Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass Eltern eine Wahlfreiheit geboten wird, ob sie ihr Kind zu Hause, in einer Einrichtung oder in der Tagespflege unterbringen möchten.

### **Mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung**

Den klassischen Beruf von 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr gibt es für viele nicht mehr. Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Kitas wird immer wichtiger. Es muss möglich sein, dass bestimmte Kitas neben Kernzeiten auch bedarfsgerechte Angebote bieten. Es muss möglich werden, das Kind ggf. schon um 7 Uhr morgens abzugeben oder es erst um 20.00 Uhr abzuholen. Flexibilität in dem Bereich der Betreuungszeiten bedeutet für viele Erziehende, erst wieder arbeiten zu können! Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden uns als Union dafür einsetzen, dass in jedem Stadtbezirk mindestens eine Kita eingerichtet wird, die zwölf Stunden am Tag geöffnet ist und Eltern die Möglichkeit eröffnet, ihr Kind im Rahmen der gewählten Betreuungszeiten unterbringen zu können.

### **Hauswirtschaftskräfte sind notwendig**

Neben der Steigerung des Betreuungsangebotes durch den Bau neuer Kitas wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten in der Kinderbetreuung auch einen qualitativen Sprung vollziehen. Die Notwendigkeit des Einsatzes von Hauswirtschaftskräften in Kitas, auch bei den freien Trägern, erkennen wir an. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich Erzieherinnen und Erzieher auf ihre Bildungsarbeit konzentrieren und hauswirtschaftliche Tätigkeiten von zusätzlichem Personal übernommen werden.

### **Integrative Einrichtungen fördern**

Ein weiteres Augenmerk legen wir auf die Errichtung integrativer Einrichtungen, um Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam zu betreuen. Auch beim Neubau von Einrichtungen wird auf Barrierefreiheit großen Wert gelegt. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Anzahl der integrativen Plätze kontinuierlich zu steigern. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, dass der Elternwille respektiert wird. Wir sehen als Christdemokraten die menschliche Vielfalt als Gewinn für die Gesellschaft an. Wir werden im Bereich der Inklusion Bonn einen großen Schritt vorwärts bringen! Wichtig ist uns dabei aber die Wahlfreiheit der Eltern.

### **Bedürftige Familien unterstützen**

Kinder von Bonn-Ausweis-Inhabern sollen in Zukunft nach unserem Willen auch weiterhin umsonst in Kitas und Offenen Ganztagschulen zu Mittag essen können. Nachdem die Beitragssatzung für die Kinderbetreuung in der vergangenen Ratsperiode schon einkommensgerechter umgestaltet und eine Geschwisterermäßigung eingeführt wurde, werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Vorteile auch weiterhin bestehen bleiben.

## **Politik für Ältere**

Die demografische Entwicklung fordert dazu heraus, den besonderen Bedürfnissen der zunehmenden Zahl von Seniorinnen und Senioren verstärkt gerecht zu werden und ihre Spielräume zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Alter zu erweitern. Die Älteren sollen weitgehende Möglichkeiten haben, Können, soziale Kompetenz und Lebenserfahrung in die Arbeit für Bürgerinnen und Bürger einzubringen sowie im Besonderen auch Fachkompetenz und Wissen aus jahrelanger Berufserfahrung. Dabei ist ehrenamtliches Engagement von und für Seniorinnen und Senioren unverzichtbar. Wir unterstützen die aktive und eigenständige Lebensführung der älter gewordenen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Versorgung älterer Menschen mit angemessenem Wohnraum, der auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet ist, gelingt. Dazu tragen eine Reihe von bereits entstandenen Projekten zum Mehrgenerationen-Wohnen bei und ebenso in den letzten Jahren geschaffene Tagespflegeplätze und solche für Kurzzeit- und weitere für Langzeitpflege.

Außer der Verbesserung der Infrastruktur für Seniorinnen und Senioren ist es uns ein besonderes Anliegen, sie vor möglicher Vereinsamung zu bewahren.

### Ziele der CDU:

- Wir wollen die Stadtplanung und Verkehrssysteme verstärkt auf die Bedürfnisse der Älteren ausrichten. Die Erreichbarkeit wichtiger Orte, wie vor allem Geschäfte und Arztpraxen, ist für Senioren von besonderer Bedeutung. Dem muss der öffentliche Personennahverkehr wie auch z.B. die Gestaltung von Bürogebäuden oder Parkhäusern stärker Rechnung tragen.
- Verbesserung des Freizeitangebotes für Seniorinnen und Senioren. Wichtig für die ältere Bevölkerung sind auch für sie geeignete Sportstätten und Schwimmbäder.
- Förderung der seniorengerechten Gestaltung von öffentlichen Straßen und Plätzen durch Umbau von Haltestellen, Bereitstellung von Sitzgelegenheiten und öffentlichen Toiletten.
- Betreuung zu Hause – und falls nötig Pflege – in den eigenen vier Wänden hat Vorrang vor dem Wohnen in Senioren-Zentren. Wir wollen die Erweiterung und Verbesserung des Angebotes von Pflegediensten und Pflegeeinrichtungen einschließlich von mehr Plätzen für Tages- und Kurzzeitpflege.
- Mehr Sicherheit und das Gefühl für Seniorinnen und Senioren, sicher zu leben, durch mehr Polizeipräsenz und Streifenfahrten auch in den Abend- und Nachtstunden.



## **Bildung ist wichtigste Ressource**

Wir sehen Bildung und Ausbildung als Schlüssel für ein erfolgreiches, individuelles und selbstbestimmtes Leben. Jeder Mensch muss einbezogen werden, dabei ist auch lebenslanges Lernen ein wichtiger Aspekt. Für unsere Kinder wollen wir die besten Startchancen und dafür ein breites begabungsgerechtes Schulsystem, um alle Talente gleichberechtigt zu entdecken und zu fördern. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und verstehen Bildung nicht nur als Vermittlung von Wissen und Können, sondern auch als Vermittlung von Werten.

Basis für Bildung und den Lernerfolg ist die Sprache. Sprachförderung und Sprachtests wollen wir daher im Vorschulalter weiter durchführen und ausbauen.

## **Grundschulen**

Nach dem Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ wollen wir Grundschulen in Bonn flächendeckend und wohnortnah anbieten. Auch wenn mittlerweile alle Bonner Grundschulen OGS-Plätze haben, müssen diese zügig bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut werden. Bei OGS-Plätzen muss es um Lernen und aktive Freizeitgestaltung, nicht um Aufbewahrung gehen.

## **Vielfalt der Schullandschaft**

Die Bonner Schullandschaft ist einzigartig. Bewährtes zu erhalten hat oberste Priorität. Neben dem klassischen dreigliedrigen Schulsystem wollen wir in Bonn alle anderen Schulformen ebenso anbieten. Eltern und Schüler sollen bei der Schulform die freie Wahl haben. Die Schultypen müssen sich an dem realen Bedarf und dem Elternwillen orientieren. Insbesondere auf die geringe Nachfrage an Hauptschulplätzen ist zu reagieren. Zusätzlich zu den 5 Bonner Gesamtschulen wird in Pennenfeld nach Kessenich die zweite Sekundarschule Bonns entstehen. Dies verstehen wir als guten Schritt in diese Richtung.

Die Privatschulen und die Internationalen Schulen prägen die Bonner Schullandschaft auf einzigartige Weise und stellen einen wichtigen Bestandteil des Angebots dar. Neben der Förderung des inklusiven Lernens müssen Förderschulen weiter existieren.

Berufsschulen ergänzen das Angebot und bereiten die Schüler vorbildlich auf eine berufliche Tätigkeit, eine Ausbildung und/oder ein Studium vor. Hier ist die fachliche Ausrichtung bedarfsgerecht zu fördern.

## **Ganztagsangebote ausbauen**

Das Ganztagsangebot leistet einen entscheidenden Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sollte es in allen Schulformen bedarfsgerechte Ganztagsangebote geben. Wir wollen die Ganztagsbetreuung auch unter Einbeziehung von außerschulischen Kräften, wie beispielsweise Vereinen oder Ehrenamtlichen, ausbauen.

## **Inklusion**

Mit dem „Handbuch der Inklusiven Bildung“ hat die Stadt Bonn eine Grundlage für das Thema Inklusion geschaffen. Allen Kindern sollen die gleichberechtigten Möglichkeiten eröffnet werden. Die Verschiedenheit ist hierbei nicht nur als Normalität, sondern vielmehr als Chance zu verstehen. Jedes Kind kann mit dem selbstverständlichen Umgang mit der Verschiedenheit einen Vorteil ziehen und aus den Verschiedenheiten lernen. Inklusion schließt ein, dass Kinder unabhängig von Behinderung, Migrationshintergrund, sozialer Herkunft, besonderen Förderbedarfen oder Begabungen miteinander lernen. Im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die es behinderten Kindern ermöglicht, am „Gemeinsamen Unterricht“ in Regelschulen teilzunehmen, sind die Gesamtschulen und Sekundarschulen sowie das noch relativ neue Schulversuchsmodell der Primusschule Vorreiter für die individuelle Förderung von Kindern.

Infolge dessen muss es Ziel sein, alle Schulformen für behinderte Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu öffnen und sie in den Unterricht zu integrieren. Hierbei können sich Schulen, die bislang noch keinen „Gemeinsamen Unterricht“ praktizieren, an den sogenannten Vorreiterschulen orientieren.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen sind sowohl die entsprechenden Fachkräfte, differenziertes Lernmaterial als auch barrierefreie Umbaumaßnahmen notwendig. Während die Inklusion in den Grundschulen bereits begonnen hat, gibt es insbesondere bei den weiterführenden Schulen Nachholbedarf.

## **Schule 2.0: Investition in Neue Medien**

Das „Ende der Kreidezeit“ hat begonnen. Whiteboards ersetzen die Tafel. Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit modernen Medien lernen und frühzeitig Medienkompetenz vermittelt bekommen. Hierzu werden wir Investitionen in diese Richtung weiterführen. Schulen, Fach- und Klassenräume müssen mit entsprechender Hardware ausgestattet werden. Digitale Bildung muss deutlich mehr als bisher Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrern werden.

## **Investition in Schulgebäude und Schulhöfe**

Der zunehmende Ganztagsbetrieb und der Ausbau des inklusiven Lernens erfordern Umbauten an unseren Schulgebäuden. Ebenso muss die Schadstoffsanierung und energetische Ausrichtung der Schulgebäude vorangetrieben werden.

Auch das Lernumfeld ist für den Lernerfolg entscheidend. Der Einsatz von Containern als Schulräume kann nur als Notlösung angesehen werden. Es darf kein dauerhafter Zustand sein, Schüler in Containern zu unterrichten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Auch die Schulhöfe müssen so gestaltet und aufgewertet werden, dass sie zum Erholen und Entspannen einladen.

## **Übergang in Studium, Ausbildung oder Beruf**

Um Jugendlichen einen reibungslosen Übergang von der Schule in Studium, Ausbildung oder Beruf zu ermöglichen, ist die Vernetzung zwischen der Stadt Bonn,

den städtischen Unternehmen, der Wirtschaft, der IHK, der Handwerkskammer sowie der Universität Bonn auszubauen und zu fördern.

### **Jugendsozialarbeit ist wichtig**

Die Bonner Jugendzentren haben sich, auch zum Teil in freier Trägerschaft, zu pädagogisch wertvollen Freizeit- und Begegnungseinrichtungen entwickelt. Hier werden unterschiedliche, individuelle, am Bedarf orientierte Angebote unterbreitet. Wir wollen diese Angebote auch in Zeiten knapper Kassen erhalten und dauerhaft sichern.

Neben diesen ständigen Einrichtungen unterstützt die Bonner CDU die Straßensozialarbeit. Hierdurch werden Jugendliche und junge Erwachsene in ihren Lebensräumen erfasst und es wird ihnen oftmals geholfen, wo andere Einrichtungen der Jugendhilfe oder die Jugendsozialarbeit sie nicht erreichen. Ihre Arbeit wollen wir weiterhin stärken. Wir wollen jedoch bei der Jugendarbeit nicht erst beginnen, wenn Defizite bereits sichtbar werden, sondern schon früher. Schlüssel dafür ist eine moderne Schulsozialarbeit, welche die Ansätze durch das „Bildungs- und Teilhabepaket“ des Bundes zunächst kommunal weiter trägt.

## **Teil D Sicherheit und Sauberkeit**

Sicherheit und Sauberkeit sind elementare Faktoren für eine hohe Lebensqualität und eine attraktive Stadt. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, sich sicher zu fühlen. In Zusammenarbeit mit der Polizei gilt es in Bonn, die Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität zu schützen und der Verwahrlosung auf öffentlichen Plätzen und Straßen entgegenzuwirken. Grundvoraussetzung hierfür ist eine gute personelle Ausstattung unserer Polizeibehörde durch das Land NRW und des Ordnungsaußendienstes der Stadt Bonn. Eine Privatisierung im Bereich der Inneren Sicherheit lehnt die Bonner CDU ab. Deshalb wollen wir folgendes erreichen:

### **Einbruchsdelikte bekämpfen**

Bei dem erschreckenden Anstieg der Einbruchsdelikte setzen wir uns für eine personelle Stärkung des Einbruchsdezernates und eine klare Prioritätensetzung zu Gunsten der Kriminalitätsbekämpfung ein, damit sich die schlechte Aufklärungsquote im Hinblick auf häufig auftretende osteuropäische Tätergruppen und bei der Beschaffungskriminalität entscheidend verbessert. Wir möchten außerdem die Aufmerksamkeit und Vorbeugung bei der Bevölkerung durch weitere Aufklärungsarbeit steigern.

Wir als Bonner CDU sprechen uns dafür aus, dass verstärkte Videoüberwachungen im öffentlichen Raum, in Bussen und Bahnen, an Verkehrsknotenpunkten und Haltestellen, insbesondere bei Kriminalitätsbrennpunkten im rechtlich möglichen Rahmen ausgebaut werden sollen. Die präventive Wirkung solcher Maßnahmen ist erwiesen.

## **Ordnungspartnerschaften erweitern, Sicherheit erhöhen**

Die Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei, Ordnungsamt und den beteiligten Institutionen müssen erweitert werden. Die gemeinsame Anlaufstelle "GABI" im Bonner Loch ist hierfür beispielhaft. Wir wollen, dass sie in einem "Haus der Sicherheit" am Hauptbahnhof münden.

Wir wollen die im Bonner Loch durch uns initiierte Alkoholkonsumverbotszone auf den Zentralen Omnibusbahnhof und die Ausgangsbereiche des Bahnhofs ausdehnen. Drogenhandel und -konsum müssen konsequent unterbunden werden. In der kommenden Ratsperiode wollen wir erreichen, dass die eingesetzten immensen Steuergelder im Haushalt der Bundesstadt Bonn für die Drogenprävention in Zukunft konzentriert werden. Gleichzeitig können alternative Aufenthaltsstandorte weiter gestärkt werden, genau wie die aufsuchende Sozialarbeit.

Wir als Union werden Traditionsveranstaltungen (Karneval, Schützenfeste, Kirmes, Ostdeutscher Markttag, etc.) schützen und Ausnahmegenehmigungen hinsichtlich der Lärmemissionen erwirken. Der durch uns erweiterte Ordnungsaußendienst der Bundesstadt Bonn muss gezielter in ruhestörenden Problembereichen und bei Dauerlärmbelästigungen auch zu Nachtzeiten eingesetzt werden.

Die wachsende Jugendkriminalität und Gewaltbereitschaft geben ebenfalls Anlass zur Sorge. Warn- und Erziehungsfunktionen des Jugendstrafrechts müssen wirkungsvoll umgesetzt werden und bei der Jugendarbeitslosigkeit muss Abhilfe geschaffen werden. Wir setzen uns daher auch weiterhin für eine räumliche und inhaltlich engere Zusammenarbeit der zuständigen Institutionen, wie Staatsanwaltschaft, Amtsgericht, Jugendamt, usw. in einem Haus des Jugendrechts ein. In anderen Städten wird dies bereits erfolgreich praktiziert. Für Jugendliche in Bonn sollen mehr Räume zur sinnvollen Freizeitgestaltung geschaffen werden. So könnte z.B. der Street Art von jungen Künstlern eine Plattform gegeben werden, die z.B. zur Vermeidung von illegalen Graffitis einen Beitrag leisten kann.

## **Extremismus und Terrorismus bekämpfen**

Präventionsmaßnahmen gegen religiös motivierten Extremismus wurden bereits eingeleitet. Wir als Bonner CDU wollen, dass diese Maßnahmen trotz der Anfangsschwierigkeiten fortgesetzt werden. Islamistischer Terrorismus hat in Bonn nichts verloren, genauso wie links- und rechtsextremistische Gewalttaten. Wir fordern deshalb neben Ausstiegs-, Hilfs- und Aufklärungsprogrammen konsequentes Handeln aller Sicherheitsbehörden. Die Bundesstadt Bonn darf als internationale, weltoffene Stadt keine Spielwiese für gewaltbereiten extremistischen Islamismus sein.

## **Saubere Stadt**

Wir setzen uns für eine wirksame Bekämpfung von Graffiti-schmierereien und Sachbeschädigungen ein. Eine saubere Stadt trägt entscheidend zu einem subjektiven Sicherheitsgefühl bei. Wir wollen deshalb erreichen, dass die

Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stärker als bisher motiviert werden, hieran mitzuwirken. Einer Vermüllung kann durch Problembewusstsein und Vorbildfunktionen vorgebeugt werden. Wegschauen ist hier die falsche Devise. Wir fordern deshalb, dass der vorhandene Bußgeldkatalog für Umweltdelikte konsequent Anwendung findet.

Die „schnellen Eingreiftruppen“, die auch zur Beseitigung illegal abgelegten Unrats in Anspruch genommen werden können und der Reinigungsdienst von BonnOrange sollten noch effizienter eingesetzt werden. Wir fordern in diesem Zusammenhang, dass alle Stadtbezirke ihre schnellen Zugriffsmöglichkeiten auf diese Einrichtungen behalten müssen. Diese Praxis hat sich in der Vergangenheit bewährt.

Die Freiwilligen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen als ehrenamtliche Einrichtungen bedürfen einer noch höheren Wertschätzung und müssen stärker eingebunden und vernetzt werden. Dafür werden wir uns in der kommenden Ratsperiode als Union stark machen.

Für uns als Bonner CDU ist die Aktion Bonn Picobello eine gelungene Initiative zur Reinhaltung unserer Stadt. Sie sollte deshalb nicht nur an einem Tag im Jahr stattfinden, sondern ständiger Anreiz zu Sauberkeitsinitiativen werden. Wir Christdemokraten fordern, dass die Sperrmüllabfuhr probeweise zweimal im Jahr, wie bisher, stattfinden könnte und zweimal per individueller Kartenanmeldung zur Abholung erfolgt. Aufgrund der dann gesammelten Erfahrungen wollen wir im Anschluss entscheiden, wie weiter verfahren werden soll. Die Altkleidersammlungen wollen wir in Zusammenarbeit zwischen BonnOrange und den Hilfsorganisationen anders strukturieren. Private Sammelstellen werden damit entbehrlich.

## **Teil E    Soziales Miteinander in Bonn**

Die Union ist der Garant der Sozialen Marktwirtschaft. Wir bekennen uns zum Prinzip des Förderns und Forderns. Die CDU bietet all denjenigen Hilfe an, die sich nicht selbst helfen können. Wir ermuntern die Leistungsfähigen, sich solidarisch für das Gemeinwesen einzusetzen. Gleichzeitig wollen wir das soziale Netz zukunftsfest machen. Dazu gehören u. a. ein aktives Vereinsleben und eine ausgeprägte Sportlandschaft in unserer Stadt. Dazu gehört die Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, sich direkt an Entscheidungsprozessen in unserer Stadt zu beteiligen, dazu gehören aber auch eine Förderung von Senioren und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

### **Integration und Teilhabe**

Integration beginnt in der Nachbarschaft. Die Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund ist eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik. Alle Betroffenen sind aufgefordert, sich aktiv an der Gestaltung unserer Städte und Gemeinden zu beteiligen, denn wir wollen das Miteinander und nicht das

Nebeneinander fördern. Damit dies gelingt, erwarten wir von Zugewanderten die Bereitschaft, sich auf neue Lebensumstände einzustellen und sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Für uns bedeutet erfolgreiche Integration das Zusammenleben der Zugewanderten und der Einheimischen in unseren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen auf der Grundlage unserer Verfassung und unserer Grundwerte. Diese sind von allen in Deutschland Lebenden uneingeschränkt zu achten. Das steht für uns unumstößlich fest!

Die CDU Bonn bekennt sich zu den in Bonn angekommenen und aufgenommenen deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedlern. Sie steht auch in Zukunft fest an ihrer Seite. Die CDU Bonn kümmert sich in besonderer Weise um alle Spätaussiedler, vor allem die Deutschen aus Russland bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Polen, und fördert die Lebendigkeit des mitgebrachten Erbes. Die Stadt Bonn muss auch künftig zu ihren Verpflichtungen und Aufgaben für Vertriebene und Aussiedler stehen.

Gute Sprachkenntnisse, Bildung und Ausbildung sind der Weg zum beruflichen Erfolg und der Schlüssel zur gelungenen Integration. Um eine nachhaltige Integration zu gewährleisten, setzen wir uns dafür ein, dass Migrantenkinder eine gezielte Förderung bei der Bewältigung des Schulalltags erhalten, z.B. durch Hausaufgabenhilfen, Bildungspatenschaften und Talentscouts. Wichtig ist auch die Vertiefung von Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen zur Förderung des Übergangs von jungen Migrantinnen und Migranten in die Berufsausbildung als Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dazu wollen wir insbesondere auch eine Steigerung der Anzahl von Bewerbern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst anstreben. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die gezielte Förderung von Akademikerinnen und Akademikern mit Migrationshintergrund durch Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen.

Wir sind der Auffassung, dass besonders der interreligiöse Dialog im Hinblick auf Integrationsfragen eine wichtige Rolle spielt. Wir möchten deshalb eine Weiterführung und einen Ausbau des interreligiösen Dialogs in Bonn.

### **Sport ist wichtige Säule unserer Gesellschaft**

Der Sport ist ein wesentliches Element der Freizeit und ein wichtiger Bestandteil der Lebenswelt in unserer Industriegesellschaft. Sport ist Teil unseres kulturellen und sozialen Lebens. Bonn ist eine Stadt des Sports. Dies wird getragen von den zahlreichen aktiven Vereinen mit ihren 80.000 Mitgliedern. Wir als CDU wollen diese ehrenamtliche Vereinsarbeit auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

Das Sportstättenprogramm ist seit Jahren ein Schwerpunkt der Haushaltspolitik der CDU. Besonderes Gewicht haben für uns dabei Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

### **Die Forderungen im Einzelnen:**

- die CDU steht weiterhin für eine sukzessive Erneuerung von Sportanlagen,
- einen breiten Raum wird die Renovierung der Sporthallen, vor allem an unseren Schulen, einnehmen,
- durch die Förderung der Sportvereine soll dafür Sorge getragen werden, dass sportlich Interessierte in Bonn Gelegenheit haben, ihren Sport auszuüben,
- die Sanierung der Bonner Hallenbäder soll auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom Juli 2013 durchgeführt werden,
- die Bonner Freibäder werden bedarfsgerecht in ihrem Bestand saniert – die von einem privaten Investor getragene Errichtung eines Rheinschwimmbades auf Bonner Stadtgebiet soll intensiv geprüft werden, auch Freizeitsportgruppen sollen in Bonn weiterhin ihren Platz finden und sich betätigen können,
- wir wollen eine Prüfung, unter welchen Bedingungen Kooperation und Übernahme durch Vereine sowie Privatisierung von Sportstätten, wie Bädern, möglich ist, ohne dass das städtische Angebot für Vereine und Schulen eingeschränkt wird,
- wir wollen die vereinseigenen Sportanlagen weiter fördern und den Bestand an Sportanlagen mit Hilfe verstärkter Selbsthilfe erhalten und bedarfsorientiert weiterentwickeln.

### **Ehrenamt, aktives Vereinsleben und Brauchtumpflege**

Starke Kommunen brauchen aktive Bürger. Die örtliche Gemeinschaft lebt von Menschen, die bereit sind, Verantwortung für andere zu übernehmen. Ob bei der Freiwilligen Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen, in sozialen Einrichtungen, den Kirchen oder in Vereinen – wir brauchen das ehrenamtliche Engagement. Deshalb fördern wir das Ehrenamt und den Einsatz für andere. Wir ermuntern die Menschen zur aktiven Mitwirkung, zum Ehrenamt und zur Übernahme politischer Verantwortung in der Kommune und schaffen entsprechende Möglichkeiten.

Vereine haben eine große und wichtige Bedeutung für das Zusammenleben in der Bundesstadt Bonn. Die Vereine und deren Mitglieder übernehmen ehrenamtliche Aufgaben, die für die Entwicklung und Pflege von Tradition und Brauchtum wichtig sind. Vereine leisten auch eine wichtige Arbeit mit Blick auf Feste und Veranstaltungen. Darüber hinaus erbringen Vereine mit ihren ehrenamtlich tätigen Mitgliedern erhebliche Leistungen für die Gemeinschaft. Die CDU wird daher ein besonderes Augenmerk auf die Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen legen. Ihr Beitrag zur Persönlichkeitsbildung bei Jugendlichen und bei der Integration von Migranten kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Vereine zu fördern, zu stärken und zu unterstützen, ist uns als Union ein wichtiges Anliegen. Eine bessere Zusammenarbeit und Koordination zwischen Vereinen, Verwaltung und Nachbarschaft soll in Zukunft sichergestellt werden.

Auch außerhalb des Vereinswesens verdient die ehrenamtliche Betätigung Einzelner zugunsten des Gemeinwesens höchste Anerkennung. Wir werden uns auch weiter für die Förderung des Ehrenamts einsetzen.

### **Quartiersmanagement**

Dort, wo sich soziale Strukturen durch Vereine zurückentwickeln oder gänzlich fehlen, wollen wir als CDU ein Quartiersmanagement. Das Ziel dieses Quartiersmanagements ist der Aufbau eines funktionierenden Netzwerks, das es allen beteiligten Bewohnerinnen und Bewohnern, Institutionen und Ämtern ermöglicht, an den Ressourcen im Quartier partizipieren zu können, um so eine nachhaltige Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen und die Förderung einer gelungenen Nachbarschaft zu ermöglichen. Selbstbestimmung und Freiwilligkeit der Bewohner ist dabei die Prämisse des Handelns bei der Quartiersarbeit. Hierzu gehört auch die Ermöglichung und Förderung ehrenamtlichen Engagements sowie die Förderung von Maßnahmen zur Schaffung einer sozial verträglichen Alltags- und Konfliktkultur.

Wir sind als Union der Auffassung, dass es Chancengerechtigkeit in der Entwicklung aller Quartiere unserer Stadt geben muss. Zu dieser Chancengerechtigkeit gehört es, die richtigen Maßnahmen zu finden und die Finanzierungen angepasst auf den Weg zu bringen. Vor dem Hintergrund der sehr heterogenen Sozialstruktur der Bonner Ortsteile wollen wir kein flächendeckendes Quartiersmanagement in allen Ortsteilen, sondern nur in den Ortsteilen, wo die entsprechende Sozialstruktur fehlt. Im Anschluss an eine individuelle Bestandsaufnahme in den einzelnen Ortsteilen sollen mit Hilfe des Quartiersmanagements gezielt Projekte zur Stärkung des sozialen Netzwerks angestoßen werden, die eine stärkere Partizipation aller Bewohner, Institutionen und Ämter ermöglichen. Dabei ist das Quartiersmanagement ausdrücklich als Hilfe zur Selbsthilfe zu sehen.

### **Bürgerbeteiligung**

Die CDU hat den Anspruch, gerade auch in der Kommunalpolitik das Ohr nahe bei den Menschen zu haben, um ihre berechtigten Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche aufzunehmen. Wir machen als Volkspartei Politik für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Wir kümmern uns um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, weil Demokratie nur dann lebt, wenn alle mit einbezogen sind, mitmachen und sich auch im Entscheidungsprozess wiederfinden. In der vergangenen Ratsperiode haben wir viel getan, um die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf eine breitere Basis zu stellen. Als ein gutes Beispiel sei hier nur die Einführung des Bürgerhaushaltes erwähnt, der ein bedeutender Baustein der Bürgerbeteiligung in Bonn ist. Alle Bonnerinnen und Bonner haben heute die Möglichkeit sich am Haushalt zu beteiligen. Um den Prozess der Bürgerbeteiligung weiter zu optimieren müssen wir das bisher Erreichte regelmäßig auf den Prüfstand stellen und an den neuen Anforderungen ausrichten. Auch eine stärkere Zielgruppenorientierung ist in diesem Zusammenhang zu beachten.



Bürgerbeteiligung, Partizipation und Transparenz sind kein Automatismus in Bonn. Wir haben zusammen mit der Verwaltung eine Initiative zur Erstellung allgemeiner Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Bonn gestartet. Arbeitsziel ist die Darstellung aller Bürgerbeteiligungsformen, Verfahren und Inhalte mit klaren Spielregeln. Es ist uns ein Anliegen, dass die Bürgerbeteiligung in Bonn mehr Schwung bekommt. Dazu ist es aber notwendig, dass allen in Bonn ein Höchstmaß an Informationen zur Verfügung steht. Vieles davon haben wir bereits eingeleitet. Es bleibt die Aufgabe, die Prozesse zu optimieren. Ohne genügend Information ist keine Bürgerbeteiligung möglich.

## **Teil F Mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger sparsam umgehen**

Die Hoheit über die eigenen Finanzen zu haben und den Haushalt selbst planen zu können, ist die Grundvoraussetzung für unsere kommunale Selbstverwaltung. Deswegen haben wir uns in den letzten Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, für unsere Stadt den Nothaushalt zu vermeiden. Denn Nothaushalt bedeutet: Aufgabe der kommunalen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung.

Die Haushalts- und Finanzsituation unserer Stadt ist außerordentlich schwierig und das hat vielfältige Ursachen. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass wir als Stadt seit Jahren ein sehr hohes kommunales Leistungs- und Infrastrukturangebot vorhalten, das in vielen Bereichen weit über dem liegt, was sich vergleichbare Städte leisten. Ein solch hoher Standard hat natürlich seinen Preis.

Dies hat mit dazu geführt, dass über Jahre ein Schuldenberg von 1.600 Mio. Euro angehäuft wurde. Jedes Jahr zahlen wir Bonner ungefähr 30 Mio. Euro nur für Zinsen, obwohl diese historisch niedrig sind. Von 2008 bis 2013 hat sich unser städtisches Vermögen um über 400 Mio. Euro reduziert. Für 2014 wird, u. a. bedingt durch einen Rückgang der Gewerbesteuer, ein Rekorddefizit von fast 100 Mio. Euro prognostiziert.

Obwohl die Einnahmen unserer Stadt ständig gestiegen sind, reichen sie seit langem nicht aus, um die noch stärker steigenden Ausgaben zu decken. Hierfür sind wir zumindest teilweise selbst verantwortlich, weil nicht rechtzeitig gegengesteuert wurde. Es gibt aber auch andere Gründe, die wir nicht beeinflussen können. Hierzu gehören insbesondere, steigende Soziallasten, Mängel im Gemeindefinanzsystem und Verlagerung von Aufgaben durch Bund und Land auf die Kommunen.

Wenn die Standortqualitäten unserer Stadt bewahrt werden sollen, müssen wir ihre finanzielle Leistungsfähigkeit sichern. Wir dürfen keine weiteren Schulden machen und deshalb nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Deswegen wollen wir den

mühsamen Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent gehen. Es ist unser Ziel, innerhalb der kommenden Amtsperiode des Stadtrates bis zum Haushaltsjahr 2020 den Haushaltsausgleich zu schaffen.

### **Reformen und Veränderungen notwendig**

Die Politik, die Verwaltung und die Bürgerschaft müssen gleichermaßen bereit sein für notwendige Reformen und Veränderungen. Die Politik muss sich die Frage stellen, ob all das, was sie fordert, für Bonn und die hier lebenden Menschen wirklich wichtig ist. Die Verwaltung muss sich fragen, ob sie ihre Aufgaben sparsam und effizient erfüllt.

Als Rat und Verwaltung müssen wir der Bürgerschaft beweisen, dass wir mit ihrem Geld sparsam umgehen und es effizient für die richtigen Ziele und Zwecke einsetzen. Von der Bürgerschaft müssen wir erwarten, dass sie den notwendigen Sparkurs unterstützt. Denn nur so lassen sich weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch höhere Steuern und Abgaben vermeiden. Der Trend, unpopuläre oder umstrittene Entscheidungen in die Hand der Bürgerinnen und Bürger zu übergeben, um somit politische Verantwortung für notwendige Maßnahmen nicht tragen zu müssen, darf jedoch in Bonn nicht Einzug halten.

### **Alles gehört auf den Prüfstand**

Wir müssen alle kommunalen Leistungs- und Infrastrukturangebote nach objektiven Maßstäben u.a. hinsichtlich folgender Kriterien prüfen: Standard, Wirksamkeit, Zielerreichung, Kosten/Nutzen-Verhältnis (sog. Wirkungsorientierung). Hierbei müssen wir uns dem interkommunalen Vergleich stellen. Denn Bonn darf in der Leistungserbringung nicht schlechter sein, als mit uns vergleichbare Kommunen.

Deswegen muss es gelingen, alle in Frage kommenden Einsparmöglichkeiten bei den pflichtigen Aufgaben und freiwilligen Leistungen, bei den Zuschüssen zu den städtischen Einrichtungen, bei den kommunalen Unternehmen der Stadt auszuschöpfen. Unser Ziel ist es, in den nächsten Jahren eine Reduzierung der Aufwendungen von jährlich mindestens 2 Prozent zu erreichen.

### **Stadtverwaltung stärken**

Wir erwarten von unserer Verwaltung, dass sie auf der Grundlage politischer Zielvorgaben in allen Verwaltungsbereichen nachhaltige Konsolidierungskonzepte entwickelt. Diese müssen darauf ausgerichtet sein, auch die innerhalb der Verwaltung vorhandenen Einsparmöglichkeiten in vollem Umfang zu nutzen und die Controllingfunktionen innerhalb der Verwaltung zu stärken.

Deswegen setzen wir uns weiter dafür ein, dass die eingeleiteten Organisationsuntersuchungen konsequent weitergeführt und hieraus resultierende Einsparmöglichkeiten so schnell wie möglich umgesetzt werden. Außerdem wollen wir die Verwaltung insbesondere in den strategisch wichtigen Bereichen

Beteiligungsmanagement und Immobilienbewirtschaftung (SGB) stärken. Ebenso wollen wir die Funktionen des Rechnungsprüfungsamtes weiterentwickeln und stärken.

### **Kommunalen Unternehmen unterstützen**

Die städtischen Beteiligungen, und hier insbesondere die Stadtwerke (SWB) und die Wohnungsbaugesellschaft (VEBOWAG), erfüllen für die Stadt wichtige Aufgaben, ihre wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst unmittelbar die städtischen Finanzen. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass bei ihnen auch in Zukunft keine Risiken oder neue Belastungen für unseren Haushalt entstehen.

Die Beteiligungen müssen deshalb in der Wahrnehmung ihrer Funktionen gestärkt und noch besser in den „Gesamtkonzern“ eingebunden werden. Denn unser Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit unserer kommunalen Unternehmen auch in Zukunft zu erhalten. Deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen dafür sichern, dass die städtischen Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können.

### **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

Die Bürgerinnen und Bürger, die sich in unterschiedlicher Art und Weise ehrenamtlich in unserer Stadt engagieren, leisten einen erheblichen und vielfältigen Beitrag für unser Gemeinwesen. In vielen Fällen werden Leistungen erbracht, die nicht nur einen erheblichen gesellschaftlichen Wert haben, sondern uns als Stadt finanziell entlasten, da dies bei der Verwaltung zu Einsparungen führt.

Wir sind der Auffassung, dass sich Zuschüsse für ehrenamtliche Tätigkeit für die Stadt lohnen, denn hier kann vieles direkter und kostengünstiger gemacht werden. Deshalb begrüßen wir auch ausdrücklich die Bereitschaft vieler Vereine, sich in diesem Sinne einzubringen.

### **Mehr Unterstützung von Bund und Land**

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind die finanziellen Probleme der Kommunen in Nordrhein-Westfalen besonders groß. In unserem Land haben von 427 Gemeinden nur 26 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Diese Entwicklung ist nicht nur durch die Kommunen selbst verschuldet. Wesentlich hierfür sind auch die Mängel im Gemeindefinanzsystem.

Ohne eine nachhaltige Einnahmenverbesserung lassen sich die Finanzprobleme der Kommunen nicht dauerhaft lösen. Deshalb fordern wir von Bund und Land, dass die Mängel im Gemeindefinanzsystem möglichst schnell behoben werden. Des Weiteren verlangen wir, dass weder vom Bund noch vom Land weitere Aufgaben auf die Kommunen verlagert werden, ohne dass dies finanziell ausgeglichen wird.

Der gerade von der Landesregierung NRW gegen viele Widerstände verabschiedete „Kommunalsoli“ ist ein Beispiel dafür, wie hilflos die Landesregierung aber in Bezug auf die dramatische Finanzlage der Kommunen agiert. Angeblich starke Kommunen

sollen 91 Mio. Euro an notleidende Kommunen abgeben - trotz Schulden -, so dass für diese Abgaben neue Schulden gemacht werden müssen. Einige Kommunen geraten durch diese Zwangsabgabe ggfs. selbst in den Nothaushalt. Jede solide Haushaltspolitik wird so ad absurdum geführt.

### **Finanzprobleme selbst lösen**

Unabhängig von der Unterstützung, die wir von Bund und Land einfordern, müssen wir unsere Finanzprobleme letztendlich selbst lösen. Deshalb müssen wir auf kommunaler Ebene handeln und hier die entscheidenden Weichen stellen. Denn wir haben insbesondere ein Ausgabenproblem. Zuerst müssen wir die Ausgaben reduzieren. Das ist in Zukunft ohne Einschnitte in bestehende Leistungs- und Infrastrukturangebote nicht mehr machbar.

In den letzten Jahren hat die schwarzgrüne Koalition auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung schon einiges erreicht, obwohl sich die Rahmenbedingungen durch Einnahmeausfälle, insbesondere bei der Gewerbesteuer sowie zusätzliche Belastungen, insbesondere im Sozialbereich eher noch weiter verschlechtert haben. Die Lösung der anstehenden Probleme wird uns nur gelingen, wenn wir dafür auch im kommenden Rat tragfähige Mehrheiten haben.

### **Erhöhung von Steuern verhindern**

Die kommunalen Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer und die Abgaben sind bei uns in Bonn bereits jetzt im Vergleich zu anderen Städten und zum Umland sehr hoch. Wir wollen eine zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger vermeiden und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes nicht gefährden. Deswegen wollen wir eine Anhebung der Steuern, wie vom Oberbürgermeister ins Gespräch gebracht, verhindern.

Denn diese werden auf alle Mieter umgelegt und führen im Ergebnis zu steigenden Kosten. In den letzten Jahren sind insbesondere die Mietnebenkosten bereits erheblich gestiegen. Ursächlich hierfür sind zum einen steigende Energiepreise und zum anderen aber ein erheblicher Anstieg der kommunalen Abgaben und Steuern. Diese Entwicklung sollten wir als Kommune nicht noch verstärken.

### **Transparenten Haushalt schaffen**

Der städtische Haushalt darf kein Werk sein, das nur von Insidern aus der Politik und der Verwaltung verstanden wird. Wir wollen ein Maximum an Transparenz, damit interessierte Bürgerinnen und Bürger sich informieren können, wie unsere Haushalts- und Finanzsituation ist und wie viel Geld für welche Zwecke ausgegeben wird. Auch das sind für uns wichtige Schritte zu mehr Bürgerbeteiligung.

Zu einem verständlichen Haushalt gehören auch Informationen zu spezifischen Kosten- und Leistungswerten. Denn wir wollen wissen und beurteilen, ob die Verwaltung ihre Aufgaben mit angemessenem Aufwand erbringt.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass wir uns als Stadt dem interkommunalen Vergleich stellen und prüfen, in welchen Bereichen wir schlechter sind als andere. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um Schwachstellen zu identifizieren und zu beheben.

### **Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik**

Wir wollen und dürfen die nachfolgenden Generationen nicht noch mehr mit unseren Schulden belasten. Deswegen müssen wir neue Wege gehen: weg von einer Stadt, die sich um alles kümmern soll und von der wir alle zu viel verlangen, hin zu einer Stadt, die sich auf die wirklich wichtigen Aufgaben konzentriert. Dies wird nicht ohne eine Stärkung der Eigenverantwortung und Eigenvorsorgen funktionieren.